

Demokratiekonferenz 2019

28. - 29. November 2019, Stuttgart, Neues Schloss und Alte Staatsgalerie

Zukunftsfähigkeit der Demokratie



Inhalt

1. Hintergrund	2
2. Begrüßung durch Herrn Ministerpräsident.....	6
3. Begrüßung durch Herrn Landamann	10
4. Der „Grand Débat National“ in Frankreich.....	15
5. Die Zukunft der Demokratie aus der Perspektive der Jugend.....	17
6. Soziale Medien, Fake News und der politische Diskurs	19
7. Recht, Populismus und direkte Demokratie	21
8. Workshops in den Räumen des Neuen Schloss	23
Workshop 1: Der „Grand Débat“ in Frankreich.....	23
Workshop 2: Einfluss der Sozialen Medien auf den politischen Diskurs	26
Workshop 3: Soziale Medien in der Praxis der Behördenkommunikation	29
Workshop 4: Narrative über direkte Demokratie	32
9. Begrüßung durch Frau Landtagspräsidentin	36
10. Begrüßung durch Frau Präsidentin des Grossen Rats	38
11. Grußbotschaft	40
12. Ethische Herausforderungen in der humanitären Arbeit.....	41
13. Workshops in den Räumen des Neuen Schloss	44
Workshop 1: Generationenfrage Klimaschutz	44
Workshop 2: Politische Bewegungen.....	47
Workshop 3: „Zufallsbürger“ in der Politik	50
Workshop 4: Parteienlandschaft im Wandel	53
14. Leistungsschau – Demokratien und Autokratien im Vergleich	56
15. Synthese und Ausblick	58

Weitergehende Informationen

Weitergehende Informationen wie bspw. die Präsentationen der Referierenden erhalten Sie auf dem [Beteiligungsportal des Landes Baden-Württemberg](#).

1. Hintergrund

 Das Bundesland Baden-Württemberg und der Kanton Aargau haben seit 2012 vier gemeinsame Tagungen organisiert, um Fragen der direkten Demokratie und der Bürgerbeteiligung zu behandeln. Am 28./29. November 2019 fand die fünfte Konferenz in Stuttgart statt. Im Zentrum der bisherigen Konferenzen standen jeweils konkrete, oftmals technische Fragen aus der Praxis. Es gab einen regen Austausch zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Wir haben voneinander gelernt und das gegenseitige Verständnis voneinander und übereinander ist stetig gewachsen.

Nach dem Erfolg des mehrjährigen, praxisnahen Austauschs und aufgrund internationaler Entwicklungen war die Zeit gekommen, den Blick zu weiten und sich mit dem Zustand und der Zukunftsfähigkeit der libe-

ralen Demokratie zu befassen. Demokratische Werte stehen aktuell, auch in Europa, in Bedrängnis. Prinzipien der liberalen Demokratie wie die Gewaltenteilung, das Rechtsstaatsprinzip oder die bürgerlichen Freiheitsrechte werden einerseits von populistischen Kräften, andererseits aufgrund technischer Entwicklungen in Frage gestellt. Gleichzeitig haben traditionelle Demokratien heute teilweise Mühe, notwendige Reformen zu realisieren und auf Ängste der Bevölkerung befriedigende Antworten zu finden.

Die Konferenz setzte sich mit diesen globalen Herausforderungen auseinander und möchte Anregungen finden, wie wir als Demokratinnen und Demokraten mit ihnen umgehen.



Das Konferenzprogramm im Überblick

Donnerstag, 28. November 2019

10:30 Uhr Begrüßungskaffee

11:30 – 12:20 Uhr

Eröffnung der Konferenz und Begrüßung

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

Dr. Urs Hofmann, Landammann des Kantons Aargau

12:20 – 12:30 Uhr

Begrüßung durch die Tagungsleitung

12:30 – 13:15 Uhr

Der „Grand Débat“ in Frankreich

Prof. Dr. Frank Baasner, Direktor des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg

13:15 – 14:00 Uhr

Die Zukunft der Demokratie aus der Perspektive der Jugend

Botschaft der Jugendlichen vom Hochrhein an die Konferenz

Einleitung durch Staatsrätin Gisela Erler und Staatsschreiberin Vincenza Trivigno

Mittagspause

14:45 – 15:10 Uhr

Soziale Medien, Fake News und der politische Diskurs

Prof. Dr. Frank Brettschneider, Universität Hohenheim

15:15 – 15:35 Uhr

Recht, Populismus und direkte Demokratie

Prof. Dr. Nadja Braun Binder, Universität Basel

15:35 Uhr

Gang zu den Workshopräumen

15:50 – 17:00 Uhr

Workshops in Räumen des Neuen Schlosses

17:00 Uhr

Gang zum Weißen Saal

17:15 – 17:45 Uhr

Kurzberichte aus den Workshops in Form von Interviews

17:45 Uhr

Verabschiedung und Gang zum Abendempfang in der Alten Staatsgalerie

Freitag, 29. November 2019

09:00 – 09:05 Uhr

Einführung durch die Tagungsleitung

09:05 – 09:35 Uhr

Grußworte

Muhterem Aras, Landtagspräsidentin Baden-Württemberg

Renata Siegrist-Bachmann, Präsidentin des Grossen Rates des Kantons Aargau

09:35 – 09:40 Uhr

Grußbotschaft

Jessica Hubbard, Fridays for Future

09:40 – 10:20 Uhr

Ethische Herausforderungen in der humanitären Arbeit

Dr. Jürg Kesselring, Mitglied der IKRK-Versammlung

10:20 – 10:40 Uhr

Kaffeepause, Gang zu den Workshopräumen

10:50 – 11:55 Uhr

Workshops in Räumen des Neuen Schlosses

12:00 Uhr

Gang in den Weißen Saal

12:05 – 12:30 Uhr

Kurzberichte aus den Workshops in Form von Interviews

12:30 – 13:05 Uhr

Leistungsschau – Demokratien und Autokratien im Vergleich

Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, IPW, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

13:05 – 13:15 Uhr Synthese und Ausblick im Plenum

Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
des Landes Baden-Württemberg

Dr. Markus Dieth, Mitglied des Regierungsrats des Kantons Aargau

13:15 Uhr

Ende der Konferenz

Stehimbiss/Lunchpaket

Impressionen vom ersten Konferenztag



2. Begrüßung durch Herrn Ministerpräsident

Winfried Kretschmann MdL



Demokratien unter Druck

Sie alle haben sich bei der diesjährigen Konferenz eine große Frage vorgenommen, meine Damen und Herren: die Zukunftsfähigkeit der Demokratie. Eine wichtige Frage. Gerade in einem Jahr, in dem wir den 30. Jahrestag des Falls des Eisernen Vorhangs feiern. Und uns daran erinnern, wie Menschen in der damaligen DDR mit Kerzen aus Kirchen strömten. Wie sie sich unterhaken und mit friedlichen Mitteln die Mauer zwischen Ost und West zum Einsturz brachten. Ein weltpolitisches Ereignis, das nicht nur mit ungeheuren Hoffnungen verbunden war. Sondern auch mit handfesten Fortschritten, wenn ich an die Wiedervereinigung und an die Demokratisierung der mittel- und osteuropäischen Staaten denke. Doch dieser Prozess ist ins Stocken geraten. Im Inneren unserer Demokratien – durch die Zugewinne der Rechtspopulisten. Und von außen – durch autoritäre Staaten, die unsere Demokratien unter Druck setzen. Wie konnte es so weit kommen?

Meiner Meinung gibt es dafür zwei Gründe: Einen ganz allgemeinen Grund, der im Wesen des Menschen liegt: Die immerwährende Anfälligkeit und Verführbarkeit des Menschen für autoritäres und totalitäres Gedankengut. Und einen speziellen Grund: Besonders günstige Rahmenbedingungen. Da sind Globalisierung und Digitalisierung, die viele Menschen verunsichern und zu einer steigenden Ungleichheit geführt haben. Denken Sie an die Erosion der Mittelschicht in den Vereinigten Staaten oder in Großbritannien. Da sind kulturelle Veränderungen wie die Gleichstellung der Frauen, die von einigen als Demütigung empfunden wird. Denken Sie an die Tiefschläge von Trump, für die er von seinen Anhängern nicht kritisiert, sondern gefeiert wird. Und da ist eine tiefgreifende Veränderung des öffentlichen Raums durch die sozialen Medien. Eine Veränderung, auf die ich heute einmal etwas ausführlicher eingehen möchte. Und zwar nicht nur, weil der öffentliche Raum existentiell für die Demokratie ist. Sondern auch, weil Sie den öf-

fentlichen Raum gestalten, meine Damen und Herren.

Die Gefährdung des Öffentlichen Raums

Drei Stadien möchte ich gerne kurz anreißen, die unserer Vorstellung vom öffentlichen Raum prägen:

Erstens den öffentlichen Raum zu Zeiten der Antike, mit der Agora in Athen als Ankerpunkt: Ein Ort, an dem alle Bürger zusammenkamen,

- um über die Angelegenheiten der Polis zu beraten,
- um Argumente auszutauschen und abzuwägen,
- für alle sichtbar und hörbar.

Zweitens den öffentlichen Raum seit der Etablierung der Massenmedien. Mit Hunderten von Tages- und Wochenzeitungen, TV- und Hörfunk-Kanälen. Einer vielfältigen Landschaft mit verlässlichen Wegmarken: Von der FAZ über Bild und BamS bis zur Tagesschau.

Und drittens den öffentlichen Raum in Zeiten von Internet und sozialen Medien. Wo jeder mühelos Sender und Empfänger sein kann, Produzent und Rezipient. Und wo die Masse an Informationen unüberschaubar ist, ebenso wie die Zahl der Teilöffentlichkeiten. Eva Menasse, die diesjährige Börne-Preisträgerin, hat dafür einprägsame Bilder gefunden: Früher sei der öffentliche Raum ein „riesiger Platz“ gewesen. Ein Platz, der „offen und grundsätzlich einsehbar war“. Und wo der Rechtsstaat galt. Heute sei an dessen Stelle ein „Bergwerk“ getreten, in dem jeder Tunnel in die Tiefe grabe, „empfindlich für kleinste Erschütterungen, erschreckt von lauten Geräuschen, die wir nicht genau orten können.“ Eine düstere Zeitdiagnose, die nicht vollständig und nicht abschließend ist. Denn Internet und die Sozialen Medien sind zugleich auch eine Errungenschaft, die einen enormen

Zuwachs an Teilhabe bringt. Mit einem großen Zukunftspotential, daran gibt es keinen Zweifel! Und trotzdem trifft die Diagnose zum Teil auch zu, wenn wir uns bewusst machen,

- wie sehr sich viele in ihre Echokammern eingraben,
- wie schnell Konflikte persönlich werden,
- wie stark sich eine Sehnsucht nach klaren Verhältnissen Bahn bricht,
- und wie an die Stelle des zivilisierten Streits die Herrschaft der Affekte tritt.

Und das ist ein entscheidender Punkt. Denn wo die Affekte dominieren, wird das archaische Erbe der Menschheit angesprochen. Angst, Neid, Hass und Lügen – das ist das Kerngeschäft der Populisten. Affekte und eine beliebige Verdrehung der Fakten, die nutzbar gemacht werden, um auf ihnen autoritäre oder sogar totalitäre Herrschaftssysteme aufzubauen. Das Kerngeschäft der Demokraten ist dagegen der zivilisierte Streit auf der Basis von Tatsachen. Der rationale Diskurs auf der Suche nach dem allgemeinen Wohl. Also das genaue Gegenteil dessen, was den Populismus ausmacht.

Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung

Und was bedeutet das für uns? Als ich im Jahr 2011 Gisela Erler als Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung berufen habe, haben wir die Politik des Gehörtwerdens auf zwei Säulen gebaut: Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Damals haben wir auf Stuttgart 21 reagiert. Auf die Erkenntnis, dass man solche Großprojekte nicht mehr wie früher abwickeln kann. Wir wollten das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie zurückgewinnen. Und ein Weg dahin war auch: Mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung wagen.

Ein Grundgedanke, der mich auch weiterhin antreibt. Wir haben gute Erfahrungen damit gemacht, unsere Positionen immer wieder zur Diskussion zu stellen. Uns angreifbar zu machen. Transparent zu werden. Weil ein echter Dialog sonst nicht möglich wird. Doch genau den wollen wir. Den brauchen wir. Weil dieser Dialog uns von den illiberalen Systemen unterscheidet. Wenn es um 1 Milliarde Euro geht, wie aktuell bei der Sanierung der Stuttgarter Oper,

- dann darf man ruhig mal durchatmen und ein paar Nächte darüber schlafen.
- Dann macht es Sinn, die Perspektiven der Bürgerinnen und Bürger einbeziehen.

Und deshalb war es richtig, die Hürden für die direkte Demokratie zu senken. Doch gleichzeitig dürfen wir nicht über die fundamentale Veränderung des öffentlichen Raums hinweggehen. Müssen zur Kenntnis nehmen, dass er teilweise ein Biotop für Populismus und Demagogie geworden ist. Weshalb ich direktdemokratische Elemente zur Zeit sehr viel vorsichtiger bewerte als noch vor ein paar Jahren. Skeptischer, weil die Direkte Demokratie unter den derzeitigen Voraussetzungen den Populisten in die Hände spielen kann. Ohne dass die Ergebnisse anschließend leicht korrigiert werden können. Das sehen wir am Brexit, wo niemand ein zweites Referendum wagt. Weil zu befürchten ist, dass die Spaltung danach noch tiefer wird als sie vorher schon war. Bei der Bürgerbeteiligung sind unsere Erfahrungen dagegen genau umgekehrt:

- Weil Bürgerbeteiligung einen Raum schafft, der Menschen zusammenführt.
- Weil sie mehr als Ja, Nein und Enthaltung kennt und der Komplexität und Pluralität gesellschaftlicher Wirklichkeit besser gerecht wird.
- Weil sie weniger anfällig für Demagogie ist.

- Und weil sie auf diese Weise den öffentlichen Raum und unsere Demokratie stabilisiert.

Es macht einen Riesen-Unterschied,

- ob die eigenen Argumente gehört wurden und in eine Abwägung eingeflossen sind.
- Und ob eine Behörde ihre eigene Position konkret und gut begründet.

Beides ist ein Schlüssel zum Erfolg, egal, wer sich am Ende durchsetzt. Ein Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger auf diese Weise wertschätzt, ist souverän und verdient Vertrauen. Deshalb haben wir den Ausbau und die Intensivierung der Bürgerbeteiligung zu einer Konstante unserer Regierungsarbeit gemacht. Und setzen auf den intensiven, strukturierten Dialog, egal ob es

- um Fahrverbote geht,
- um Infrastrukturvorhaben in unseren Kommunen,
- um die Zukunft der Mobilität oder der Gesundheitswirtschaft,
- oder um das Gespräch mit Fridays for Future.

Wir fahren gut damit, alle Akteure an den Tisch zu bringen. Und lernen immer weiter dazu:

- Zum Beispiel wie wichtig Zufallsbürger sind. Weil sie offen und ohne Voreingenommenheit in eine Debatte gehen. Und weil sie dazu beitragen, die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite einzubeziehen. Vorarlberg und Irland haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht.
- Oder wie sinnvoll es ist, mit den Interessengruppen und Betroffenen nicht nur in den Austausch zu kommen – sondern auch zu bleiben. Denn gerade über die Dauer und mehrfache Begegnungen entsteht Vertrauen. Und damit ein substanzieller Austausch, der am

Ende auch die Ergebnisse nachhaltiger macht.

Natürlich ist all das mitunter auch anstrengend. Und die Ergebnisse können nicht allen gefallen. Aber wir sind stolz darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger unsere Angebote annehmen. Und Baden-Württemberg inzwischen als Vorbild in Sachen Bürgerbeteiligung gilt.

Auf diese Weise leistet die Bürgerbeteiligung einen substantiellen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie. Denn das Wichtigste in einer Zeit des Umbruchs ist: reden, reden, reden!

Und wie ist es um die globalen Chancen der Demokratie bestellt? Lassen sich die großen Herausforderungen nicht leichter lösen, wenn man von oben durchgreifen kann? Klimawandel, Migration, der digitale Wandel mit all seinen Auswirkungen? Können wir wirtschaftlich mit Systemen wie dem chinesischen mithalten, das vielleicht nicht demokratisch ist, dafür aber umso schneller? Entfaltet nicht gerade China eine besondere Anziehungskraft?

Ich meine, wir unterschätzen die Nachhaltigkeit liberaler Systeme, und zwar gewaltig. Die amerikanische Demokratie ist 250 Jahre alt und hat bisher jede Krise überstanden. Das chinesische System heutiger Prägung ist gerade einmal 35 Jahre alt und ist dabei stets einem Pfad gefolgt, der bereits von vielen Ländern erprobt und vorgezeichnet worden ist: dem Pfad der Industrialisierung. Wirklich bewähren musste sich das chinesische System noch nicht. Das wird sich in Zukunft ändern. Und dabei haben Demokratien einen riesigen Vorteil: Sie können unfähige Regierungen abwählen und Fehlentwicklungen kritisieren. Sie sind

anpassungsfähig und flexibel. Und sie sind noch aus einem anderen Grund hochattraktiv: Weil der Geschmack der Freiheit unverwechselbar ist. Und weil jeder, der einmal davon gekostet hat, nie wieder etwas anderes will.

Nur die Demokratie garantiert Freiheitsrechte, Teilhaberechte und soziale Rechte. Nur die Demokratie versichert uns gegen die Willkür der Mächtigen. Und deshalb lassen wir uns auch von niemandem einreden, dass die Zeit der Demokratie zu Ende geht. Sondern lassen uns anspornen und mit vereinten Kräften unsere Demokratien stärken und den Raum der Demokratie vergrößern.

Wie attraktiv das chinesische System wirklich ist, dazu müssen wir im Übrigen nur einmal nach Hongkong schauen, wo derzeit Zigtausende täglich auf die Straße gehen und aufbegehren, darunter viele junge Leute:

- Weil sie ihr Leben in Freiheit leben wollen.
- Weil sie in einer Demokratie leben wollen.

Und nicht in einem Überwachungsstaat, der jede Bewegung mit einer Kombination aus Kameras, Big Data und Künstlicher Intelligenz aufzeichnet, auswertet und kontrolliert. Wir gehen einen anderen Weg. Einen selbstbewussten europäischen Weg, der die neuen Technologien mit den Menschenrechten in Einklang bringt. Und vor allem: Einen demokratischen Weg.

Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen nun zwei sehr produktive Tage!

3. Begrüßung durch Herrn Landamann

Dr. Urs Hofmann



Steckt die Demokratie in einer Krise? Beim täglichen Nachrichtenkonsum und beim Blick in die verschiedenen Regionen der Erde kann einem dieses Gefühl bisweilen beschleichen. In manchen Ländern scheint es so, als wäre eine Karriere als Komiker oder mindestens ein clowneskes Auftreten vorteilhafter für die Erlangung hoher politischer Ämter als profunde politische Erfahrung: Die "Grillini" stellen in Italien die stärkste Fraktion im Parlament und in der Ukraine hat ein Komiker gleich das Amt des Präsidenten übernommen. Derweil im angelsächsischen Raum die zur Schau gestellte "political incorrectness" regiert. Und in Lateinamerika scheint die Bevölkerung trotz demokratischer Wahlen das Vertrauen in die politische Führung vollends verloren zu haben und setzt zunehmend auf die Kraft der Strasse.

In diesem demokratie-politischen Umfeld begrüße ich Sie herzlich im Namen des Regierungsrats des Kantons Aargau zur fünften Demokratiekonferenz, die wir gemeinsam mit dem Land Baden-

Württemberg durchführen. Wir wollen heute und morgen den Blick von unseren nationalen und lokalen Kontexten etwas lösen und uns mit dem Zustand und der Zukunft der Demokratie allgemein befassen.

Während unkonventionelle Regierungsstile an sich nicht demokratiebedrohend sind und zuweilen auch erfrischend wirken, ist es doch merkwürdig, dass die Bürgerinnen und Bürger es mancherorts offenbar einem politischen Hansdampf in allen Gassen, Provokateur oder Hasardeur eher zutrauen, ihre Anliegen zu vertreten und die Geschicke des Landes in ihrem Interesse zu führen als Politikerinnen und Politikern, die während langer Zeit gezeigt haben, dass sie etwas von ihrer Sache verstehen. Diese Entwicklung ist offenkundig Ausdruck eines Misstrauens gegenüber den etablierten politischen Kräften. Es stellt sich deshalb die Frage, weshalb die traditionellen Parteien in diesen Ländern ihren Rückhalt verspielt haben. Sind es Klüngelwirtschaft, leere Versprechungen oder Hinterzimmerpolitik, welche die Wählerinnen und Wäh-

ler in die Arme alternativer Kräfte treiben? Oder haben sich die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger verändert und die vermeintlich erfahrenen Politikerinnen und Politiker haben dies gar nicht gemerkt? Sind wir einfach zu abgehoben? Oder will das Volk ganz einfach Abwechslung nach dem Motto "Neue Besen kehren besser"? Weckt die zunehmende Komplexität der Welt den Wunsch nach einfachen Lösungen? Sind klare Schlagworte ganz einfach sexier als differenzierte Problemanalysen und komplizierte Lösungsansätze, die kein Mensch versteht?

Welche Ursachen den in manchen Ländern festzustellenden Entwicklungen der letzten Jahre auch immer zugrunde liegen mag. Tatsache ist, dass sich namentlich in Europa neue Parteien und Bewegungen etabliert haben, die sich pointiert gegen das politische Establishment wenden und oft auch radikale Positionen vertreten. Da sie einem Unmut der Bevölkerung Ausdruck verleihen und die traditionellen Parteien herausfordern, werden sie gemeinhin als Populisten bezeichnet. Damit einher geht eine zunehmende Zersplitterung der Parteienlandschaft. Die Folge ist eine immer grössere Verkomplizierung der Regierungsbildungen, wie sie aktuell weit herum zu beobachten ist. In Spanien wurden die Menschen zum zweiten Mal im laufenden Jahr und zum vierten Mal innerhalb von vier Jahren an die Urne gerufen, weil sich die Parteien auf keine Koalition einigen konnten. Manche Regierungsbildung hat in jüngster Zeit überdurchschnittlich mehr Zeit in Anspruch genommen als noch vor ein paar Jahren. Koalitionsverhandlungen werden zur Quadratur des Zirkels. Das Regieren in den klassischen Demokratien auf unserem Kontinent wurde schwieriger, die Mehrheiten instabiler. Auch wenn ich vor diesem Hintergrund nicht gleich von einer grossen Krise der Demokratie sprechen möchte, geben einige Tendenzen doch Anlass zur Sorge. Dazu Folgendes:

Populismus – egal von welcher Seite – verfangt meistens nicht ohne Grund: Auch wenn populistische Parteien und Bewegungen gewisse Probleme überzeichnen, nehmen sie doch oft eine reale Unzufriedenheit der Bevölkerung auf und legen den Finger auf wunde Punkte. Es werden Themen auf das politische Tapet gebracht, die von den etablierten Parteien zu lange ignoriert oder verharmlost wurden. Ein Demokrat, eine Demokratin kann dagegen grundsätzlich nichts einzuwenden haben, im Gegenteil: Die öffentlich diskutierte Themenpalette verbreitert sich, und der Wettstreit unter den Parteien und Gruppierungen und damit die Optionen für die Wählerschaft nehmen zu. Akteure, welche in einem klassischen Zweiparteiensystem gross geworden sind, müssen lernen, wie man Koalitionen schmiedet.

Leider müssen wir immer wieder feststellen, dass nicht alle in Europa neu entstandenen politischen Kräfte hinter den Grundsätzen des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates stehen, wie wir ihn als Basis unserer Staaten für unentbehrlich halten. Demokratie, wie wir sie verstehen, ist nicht rein formaler Natur im Sinne der Entscheidungsfindung per Mehrheitsentscheid. Demokratie existiert nur in ihrer ganzen Essenz, wenn sie auch einen unantastbaren materiellen Gehalt aufweist. Dazu gehören die Grundrechte, der Schutz von Minderheiten und die Unabhängigkeit der Justiz bzw. die Gewaltenteilung. Gerade in diesen drei Bereichen vertreten einige dieser neuen Parteien und Bewegungen Positionen, die zwar mehrheitsfähig sein mögen, jedoch den elementaren Grundwerten demokratischer Staaten widersprechen. Umso wichtiger ist es, dass gefestigte demokratische Systeme über Kontrollmechanismen verfügen, damit keiner Partei bzw. keiner Person übermässige Macht zukommt. Dazu gehören Wahlsysteme, die nicht nur die stärkste Partei belohnen, sondern das ganze Mei-

nungsspektrum abbilden. Dazu gehören unabhängige Verfassungs- und Verwaltungsgerichte, die das Handeln der Behörden kontrollieren. Und auch freie Medien mit mutigen Journalistinnen und Journalisten sind integraler Bestandteil einer freiheitlichen Demokratie. Dort wo die demokratischen Institutionen noch nicht hinreichend gefestigt sind, kann auch die internationale Eingebundenheit – konkret die EU-Mitgliedschaft bzw. die blossе Aussicht darauf – mässigend wirken und die Einhaltung der grundlegenden Normen aus Verfassung oder dem Völkerrecht stützen. Eine wichtige Rolle kommt hier auch dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu, dessen Rechtsprechung den einen oder anderen Re-gierungsvertreter – auch in der Schweiz - zuweilen ärgern mag, was jedoch letztlich gerade der tiefere Sinn dieser Institution sein soll. Vor diesem Hintergrund bin ich nach wie vor zuversichtlich, dass die demokratischen Brandmauern trotz zum Teil bedenklicher Entwicklungen noch einigermassen standhalten.

Hoffnungsvoll stimmt mich auch die junge Generation, welche allen Unkenrufen zum Trotz alles andere als apolitisch ist. Gerade die innert kurzer Zeit entstandene weltweite Klimabewegung zeigt, dass sich die Jugendlichen engagieren und in die öffentliche Debatte einbringen wollen. Sie stehen für ihre Anliegen ein und lehnen sich nicht gleichgültig zurück. Eine Schülerin der Kantons-schule Wohlen im Kanton Aargau hat dieses Selbstverständnis in ihrem Beitrag zum Aufsatzwettbewerb für diese Konferenz engagiert und treffend formuliert: "Wir sollten uns nicht um einen der wenigen Stühle am grossen Tisch schlagen, den uns die Erwachsenen in gütiger Weise zur Verfügung stellen, sondern einfach neue Stühle dazustellen" (Sara Sorrentino).

Wenn die Jungen spüren, dass ihre Anliegen ernst genommen werden, werden sie

sich konstruktiv und dem Gemeinwohl verpflichtet einbringen. Gerade die massiven Gewinne der Grünen bei den nationalen Wahlen in der Schweiz vor knapp sechs Wochen dürften sie darin bestätigt haben, dass sie mit ihrer Sensibilisierung für den Klimaschutz etwas bewegen können. So verfügt die Schweiz in der kommenden Legislatur, die am nächsten Montag beginnt, über das jüngste Parlament seit es unseren Bundesstaat gibt. Es hat uns auch überwältigt, mit wie viel Tatendrang die Jugendlichen dem Aufruf gefolgt sind, sich im Vorfeld der heutigen Konferenz mit ihren Ideen und Anliegen einzubringen – sei dies in den angebotenen Workshops am Hochrhein oder im Rahmen des Aufsatzwettbewerbs im Kanton Aargau und im Bundesland Baden-Württemberg. Dazu hören wir gleich mehr. Ich möchte es aber nicht unterlassen, allen beteiligten Schülerinnen und Schülern bereits jetzt ein erstes Mal meinen grossen Dank und meine Anerkennung für das geleistete Engagement auszusprechen. Es ist für unsere Demokratien beidseits des Rheins essentiell, dass junge Menschen an der Zukunft, an ihrer Zukunft, bauen, ihre Vorstellungen zur Lösung der aktuellen Herausforderungen einbringen, ihre Forderungen stellen und Antworten einfordern. Denn mehr Partizipation heisst mehr Demokratie. Die politische Mitwirkung ist ausserdem der einzige Indikator, welcher im Demokratieindex des Wirtschaftsmagazins "The Economist" im letzten Jahr in Westeuropa gestiegen ist.

Es sind nicht nur die Jungen, sondern auch die Frauen, die weltweit mehr an den politischen Entscheiden teilhaben. Auch hier haben wir bei den nationalen Wahlen in der Schweiz einen eindrücklichen Schub erlebt: Der Frauenanteil in der grossen Parlamentskammer ist auf einen Schlag von 32 auf 42 Prozent gestiegen.

Und zuversichtlich stimmt mich auch: In vielen Ländern der Welt ist das Ziel einer demokratischen Verfassung und einer offenen Gesellschaft noch immer der Antrieb für das Engagement unzähliger politischer Aktivistinnen und Aktivisten. Es beeindruckt uns immer wieder, wie Menschen, die für ihre Ideale einstehen, bereit sind, ihre Gesundheit, ja sogar ihr Leben aufs Spiel zu setzen, um das grosse Ziel einer selbstbestimmten Freiheit zu erlangen. In Hongkong geben die Menschen trotz widrigen Umständen nicht auf und fordern auf der Strasse unermüdlich echte Demokratie und die Einhaltung der versprochenen Rechte. Unter noch bedrohlicheren Umständen wagen sich die Leute im Libanon, im Iran und im Irak auf die Strasse.

Aller Rückschläge zum Trotz, bin ich überzeugt: Der Geist der Freiheit und der Demokratie wird immer wieder siegen und lässt sich nicht mehr in die Flasche zurückdrängen, seit er vor rund 250 Jahren aus ihr entwichen ist. Vor 30 Jahren haben wir dies erfreulicherweise auch in Deutschland erlebt.

Aus all diesen Gründen ist es falsch, in den voreiligen Abgesang auf die Demokratie einzustimmen. Weder in Europa noch in den anderen Kontinenten. Der vom Zentrum für Demokratie Aarau mitentwickelte Demokratiebarometer zeigt, dass die Demokratiequalität in den europäischen Ländern mit wenigen Ausnahmen über die letzten Jahre insgesamt stabil geblieben ist oder gar noch zugenommen hat. Von einem generellen Zerfall der Demokratie auf dem europäischen Kontinent kann also nicht die Rede sein. Aber es gilt stets wachsam zu sein, damit die Demokratie nicht unter dem Deckmantel von Mehrheitsentscheiden und Wahlen ihres Gehalts entkernt wird. Entscheidend ist deshalb, dass wir nicht nur die Formalien demokratischer Prozesse aufrechterhalten. Sondern dass wir unentwegt

unsere stabilen demokratischen Institutionen pflegen und standfest darauf bestehen,

- dass Freiheit, Menschenrechte und der Schutz von Minderheiten,
- dass Rechtsstaat und sozialer Ausgleich,
- dass Gewaltenteilung und unabhängige Justiz,
- dass eine freie Presse und die Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit

untrennbar mit der Demokratie verbunden sind und wahre Demokratie ohne materiellen Gehalt nicht überlebensfähig ist. Als demokratischer Optimist oder optimistischer Demokrat bin ich mir sicher, dass eine Demokratie mit eingespielten checks and balances auch einen Donald Trump und Konsorten überleben wird.

Aber: Demokratie ist nicht einfach. Sie muss mutig und tapfer verteidigt werden. Und zur Bewältigung von Krisen in der Funktionsweise der Demokratien braucht es nicht weniger, sondern mehr Partizipation. Demokratie ist die Lösung und nicht das Problem. Wir müssen noch besser sicherstellen, dass die Sorgen, welche die Menschen in ihrem Alltag plagen, von der Politik gehört werden. Wir müssen sicherstellen, dass wir Politikerinnen und Politiker auch komplexe Sachverhalte in einer verständlichen Sprache an die Frau und an den Mann, und an die Jugend bringen. Wir müssen alles daransetzen, dass möglichst viele Menschen Lust darauf bekommen, sich in der politischen Auseinandersetzung zu engagieren, weil sie spüren, dass sie gehört werden, weil sie erfahren, dass ihr Engagement etwas bewirkt. Und wir müssen sicherstellen, dass unsere Demokratien als freie Gemeinschaft freier Menschen alle Menschen mitnehmen und niemanden ausschliessen. Demokratie heisst Partizipation und Integration. Demokratie ist Form und Inhalt!

Ich freue mich auf ein spannendes Konferenzprogramm, das heute erfreulicherweise von einem Gast aus Frankreich und mit der Stimme der Jugend eröffnet wird. Ich danke allen Mitwirkenden der diesjährigen Demokratiekonferenz herzlich für ihr Engagement.

Mein grosser Dank geht auch an den Gastgeber, das Land Baden-Württemberg, unserem vertrauten und sehr geschätzten Nachbarn im Norden. Nachbarschaft basiert

ebenso auf Vertrauen, wie Demokratie auf Vertrauen gründen muss. Seit acht Jahren arbeiten wir vertrauensvoll für unsere Demokratie über den Rhein hinweg zusammen. Dafür danke ich Ihnen, hochverehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, liebe Frau Staatsrätin Erler, im Namen der Aargauer Regierung von Herzen. Wir freuen uns auf weitere Kontakte und nun wünsche ich allen Demokratiefreundinnen und -freunden zwei spannende und erkenntniserweiternde
Tage.



4. Der „Grand Débat National“ in Frankreich

Prof. Dr. Frank Baasner, Direktor des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg

Prof. Dr. Frank Baasner geht in seinem Vortrag auf Auslöser und Hintergründe, Ablauf und Instrumente sowie die ersten Ergebnisse des Grand Débat National (GDN) in Frankreich ein. Das Deutsch-Französische Institut Ludwigsburg hatte den GDN im Auftrag des Staatsministeriums Baden-Württemberg tiefergehend untersucht.

Zunächst stellt Prof. Dr. Baasner fest, dass das Jahr 2019 in Frankreich durch den Einfluss der Gelbwestenproteste und den – gewissermaßen aus der Not geborenen – GDN stark geprägt wurde.

Die Treiber der Protestbewegung der Gelbwesten (frz. = gilets jaunes) sind zwar nicht ausschließlich in ökonomischen Faktoren zu sehen, doch „der Tropfen der das Fass zum Überlaufen brachte“ waren Preissteigerungen für PKW-Kraftstoffe. Dahinterliegend kann jedoch von einer aufgestauten sozialen Frustration ausgegangen werden. Insgesamt kann von einem Misstrauen

in Politik(er) die Rede sein, das vom urbanen hin zum ländlichen Raum zunimmt. Die Gelbwesten zählten zwar „nur“ ca. 200.000 Protestierende, diese Zahl ist jedoch verbunden mit einer weit höheren Zahl an Befürwortern innerhalb der Gesellschaft, so Prof. Dr. Baasner.

„Teilhabe ist nicht alles, aber ohne Teilhabe ist sehr vieles nichts“

Aufgrund zunehmender Radikalisierung von Teilen der Bewegung, spitzte sich die Situation zu. Die Zentralregierung in Frankreich unter Emmanuel Macron reagierte darauf mit dem GDN. Dieser wird über die Organe des Staates in verhältnismäßig kurzer Zeit ins Leben gerufen und umgesetzt. Zunächst wurden Beschwerdehefte in den Kommunen ausgelegt. Es folgte ein Brief des Präsidenten an die Franzosen, eine umfassende Online Befragung, und lokale De-

batten in allen 101 Départements. Darüber hinaus fanden vier nationale Konferenzen mit Themenfokus sowie 21 Regionalkonferenzen mit Zufallsbürgern statt. Das Verfahren dauerte knapp vier Monate und bereits eineinhalb Monate später präsentierte Macron seine Schlussfolgerungen aus dem Prozess. Als konkrete Maßnahmen resultierten u.a. eine Senkung der Einkommenssteuer sowie die Einrichtung einer Kammer aus Zufallsbürgern.

Insgesamt zeichnet sich der GDN durch eine starke Beteiligung in der Tiefe als auch in der Breite aus, so Prof. Dr. Baasner. Es

beteiligen sich ca. 1,5 Millionen Franzosen an dem Prozess. Die Einwendungen umfassten 600.000 Seiten. Die offiziellen Antworten waren 1.500 Seiten lang. Zentrale Themen sind bspw. die Null-Toleranz gegenüber weiteren Steuererhöhungen, der Wunsch nach mehr Steuergerechtigkeit oder die Steigerung der Präsenz staatlicher Institutionen in der Fläche. Gleichwohl sind Mängel im Bereich der gleichmäßigen Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen sowie eine allgemeine Skepsis in Bezug auf die Anschlussfähigkeit der Ergebnisse auszumachen.

5. Die Zukunft der Demokratie aus der Perspektive der Jugend



Staatsrätin Gisela Erler betont zur Eröffnung ihrer Rede, dass man an der diesjährigen Demokratiekonferenz verstärkt auf die Jugend setzt. Neben den Jugendlichen vom Hochrhein und den Studierenden vom Studiengang Planung und Partizipation der Universität Stuttgart, begrüßt Frau Erler herzlich die Vertreterinnen und Vertreter von Fridays for Future. „Partizipation hat dann einen hohen Stellenwert, wenn es im Hintergrund der Gesellschaft brodelt“, so Frau Erler. Protestbewegungen – positive wie auch negative – halten die Demokratie entscheidend am Leben und bringen sie voran, wenn die Politik eine Reaktion darauf zeigt.

Zu Beginn des Jahres 2019 wurden gemeinsam mit der Hochrhein-Kommission insgesamt vier Jugend-Workshops organisiert, in der sich Jugendliche aus dem Kanton Aargau und dem Land Baden-Württemberg mit Zukunftsfragen sowie Lösungsvorschlägen der Demokratie auseinandergesetzt haben. Unter anderem wurden Experten zu verschiedenen Themen befragt, wie beispielsweise die Universität Basel zu Mikroplastik

im Rhein. Es sei erschreckend, wie wenig grenzüberschreitende Begegnungen es unter den Menschen gäbe. Um den Austausch aufrechtzuerhalten, sollen deshalb auch zukünftig solche Formate fortgesetzt werden. Die Ergebnisse sind in einem Film festgehalten, der dem Publikum präsentiert wird.

An der anschließenden Podiumsdiskussion nehmen neben vier Jugendliche aus den Workshops, Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Landammann Dr. Urs Hofmann teil. Zentrale Themen sind vor allem der Wandel der Medienwelt durch Social Media, die politische Teilhabe und die Repräsentation der Vielfalt in der Politik. So lautet eine der Forderungen der Jugend, das Wahlrechtsalter flächendeckend auf 16 Jahre zu senken. Die Regierung des Kantons Aargau hat laut Landammann Dr. Hofmann Bereitschaft gezeigt, die seit Jahren diskutierte Forderung zu prüfen. Aufgrund der fehlenden Mehrheit im Parlament scheiterte allerdings eine entsprechende Gesetzesänderung. Persönlich finde er den Vorschlag gut. Ministerpräsident Kretsch-

mann sei ebenso ein Befürworter dieser Maßnahme und erklärt, dass vom Landtag Baden-Württemberg das Wahlrecht bei Kommunalwahlen von 18 auf 16 Jahre abgesenkt wurde. Für eine bundesweite Absenkung des Wahlrechtalters sei eine Verfassungsänderung notwendig, die eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag benötige.

Die Staatschreiberin des Kantons Aargau, Vincenza Trivigno, berichtet über den Aufsatzwettbewerb der vom Land Baden-Württemberg und dem Kanton Aargau organisiert wurde. Unter der Überschrift

„Demokratie in Bedrängnis“ hatte eine binationale Jury die Aufgabe, die vier besten Aufsätze auszuwählen. „Die jungen Menschen sind sich der Gefahren für die Demokratie bewusst und sie sind bereit sich gesellschaftlich und politisch für eine positive Wende einzusetzen“, so Frau Trivigno. Unter dem Applaus des Publikums werden die Jugendlichen Pascal Aczel und Jasmin Pfeuti aus der Schweiz sowie Torben Grötzing und Alina Jäger aus Deutschland für ihre Aufsätze in den Themenfeldern „Sicherheit versus Freiheit“, „Neue Medien“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ geehrt.

6. Soziale Medien, Fake News und der politische Diskurs

Prof. Dr. Frank Brettschneider, Universität Hohenheim



Prof. Dr. Frank Brettschneider geht in seinem Vortrag einer Reihe von Fragen nach: Was ist neu an Fake News? Wer setzt Fake News in die Welt? Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Sozialen Netzwerke? Und schlussendlich, was ergibt sich daraus für die Kommunikation von Verwaltungen und Wissenschaft?

Hierbei widmet er sich zunächst der Frage, ob das Phänomen der Fake News etwas Neues darstelle. Auf der einen Seite verweist er auf die Aktualität des Begriffes nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Präsidentschaft von Donald J. Trump in den USA. Auf der anderen Seite stellt Prof. Dr. Brettschneider heraus, dass bereits Ende des 19. Jahrhunderts gelegentliche Falschmeldungen in der Presse als Fake News bezeichnet worden seien und auch vor der Präsidentschaft Trumps in der (Welt-)Politik Unwahrheiten strategisch eingebracht und eingesetzt wurden. Dabei seien Fake News nicht ausschließlich auf der Ebene der (Welt-)Politik zu verorten. Auch Bürgerinitiativen, bspw. im Bereich des Windenergieausbaus, schrecken nicht vor

dem Einsatz bewusst falscher Tatsachenbehauptungen zurück.

Bereits vor dem Aufkommen des Internets und des Web 2.0 arbeiteten Regierungen, Politiker und Lobbyisten, so Prof. Dr. Brettschneider, mit Propaganda, Desinformation und Lügen – in der direkten Kommunikation zur Bevölkerung oder im Umwege über die Massenmedien und verantwortlichen Journalisten. Allerdings fungieren gründliche Recherchen und Quellenprüfung hier noch als „Schutzschild“.

„Wir, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollten uns viel mehr einmischen, um dagegenzuhalten. Wir tun das viel zu selten, sind viel zu oft in unserem Elfenbeinturm“

Nun ergibt sich aus vier maßgebenden Gründen ein Wandel: 1. Gebrauch, den Regierungen, Politiker und Lobbyisten von Fake News machen, 2. Wandel des Medi-

ensystems und der Arbeitsbedingungen von Journalisten, 3. Bedeutungsgewinn der Sozialen Netzwerke und 4. Verändertes Verhalten der Mediennutzer.

So kommunizieren insbesondere Rechtspopulisten, aber auch andere Akteure wie Geheimdienste, dreister und häufiger bewusst Fake News. Populisten wie Donald J. Trump erheben die Tatsachenverfälschung zur bevorzugten Strategie.

Auf Seiten der Medienschaffenden ist ein erhöhter Zeitdruck, nicht zuletzt auch aufgrund der aufkommenden Online-Medien zu konstatieren. Hier verweist Prof. Dr. Brettschneider mitunter auf das sogenannte „Click-Baiting“, also das aus wirtschaftlichen Interessen heraus getriebene Generieren von Clicks.

Der größte Wandel ergibt sich jedoch durch das Aufkommen der Arenen der Sozialen Medien. Nunmehr gäbe es keine ökonomischen oder technischen Schwellen, welche Privatpersonen oder aber auch Regierungen davon abhalten würden, selbst Inhalte zu generieren und zu kommunizieren. In diesem Zusammenhang ist auch auf Social Bots und Troll Fabriken zu verweisen.

Mit Blick auf das Verhalten der Mediennutzer beschreibt Herr Prof. Dr. Brettschneider im Besonderen das Phänomen der Filter-Blasen bzw. Echo-Kammern. Je eindeutiger die eigenen Präferenzen bzw. Einstellungen im Internet preisgegeben würden, desto eher lieferten Algorithmen entsprechend adäquate Ergebnisse. Verstärkt würde dieses Phänomen zusätzlich durch ein wachsendes Misstrauen gegenüber Massenmedien und Journalisten.

Als mögliche Maßnahmen zum Umgang mit Fake News schlägt Herr Prof. Dr. Brettschneider zunächst ein engagierteres Vorgehen durch die Verwaltung vor. Verwaltungen würden mehr und mehr die Aufgabe haben, Fake News richtig zu stellen. Darüber hinaus könnte bspw. über deliberative Verfahren ein gemeinsames Identifizieren von Fakten erfolgen (Joint Fact Finding). Zudem stünde auch die Wissenschaft in der Pflicht, sich viel intensiver an gesellschaftlichen Debatten zu beteiligen, Wissen beizusteuern und Fake News richtig zu stellen. Grundsätzlich gelte es jedoch Fake News sowohl auf den eigenen Kanälen (Homepage, Social Media), als auch auf den Kanälen der Urheber und wo möglich via Massenmedien richtig zu stellen.

7. Recht, Populismus und direkte Demokratie

Prof. Dr. Nadja Braun Binder, Universität Basel



In ihrem Vortrag stellt Prof. Dr. Nadja Braun Binder Ergebnisse des am Zentrum für Demokratie in Aarau (ZDA) durchgeführten Forschungsprojekts „Direkte Demokratie und Populismus in Europa“ vor, in dem es um die rechtswissenschaftliche Befassung mit dem Phänomen des Populismus und der direkten Demokratie geht. Die öffentliche Diskussion in Deutschland zu diesem Thema sei sehr stark von der Befürchtung geprägt, dass direkte Demokratie den Populismus befördert. „Man muss sich rechtfertigen, wenn man über direkte Demokratie in Deutschland spricht“, so Frau Prof. Braun Binder. In der Schweiz dagegen habe man erkannt und gleichzeitig relativiert, dass direkte Demokratie etwas mit Populismus zu tun hat. Manchmal könne Populismus sogar durch direkte Demokratie eingeschränkt werden.

„Populismus ist per se keine vollständig ausgereifte Ideologie“, so Prof. Braun Bin-

der. Links- und Rechtspopulismus hätten zwar inhaltlich recht wenig miteinander zu tun. Sie ähnelten sich jedoch in ihrer Strategie, wie sie Macht erreichen und behalten wollen. Viele populistische Strategien stellen einen Antagonismus zwischen zwei Polen her. Auf der einen Seite einem moralisch reinen und homogenen Volk und auf der anderen Seite einer unmoralischen und korrupten Elite, die es zu bekämpfen gelte.

„Populismus ist per se keine vollständig ausgereifte Ideologie“

Der inhaltliche Schwerpunkt ihres Vortrags lag auf dem Spannungsfeld Völkerrecht-Landesrecht sowie auf den Prinzipien Gewaltenteilung und Minderheitenschutz. Demnach sei ein allgegenwärtiger Kernpunkt populistischer Argumentation die Bewirtschaftung der Angst vor einem Sou-

veränitätsverlust. Ein weiteres Problem sei, dass der lautstarke Kampf gegen die Rechte von Minderheiten und Fremden ohne Stimmrecht für populistische Parteien für den eigenen Wahlkampf risikofrei wäre. „Eine populistische Strategie kann sich in verschiedenen Rechtsordnungen Gehör verschaffen“, stellt Prof. Braun Binder klar.

Die Schweiz sei ein Land, das historisch gewachsen und eine Ansammlung von Minderheiten sei, die durch die Abneigung gegen „starke Leader“ verbunden würde. Das Schweizer System sei demnach „gewappnet“ gegen Populisten. „Die Akkumulation von Macht bei einzelnen Personen zieht die Gefahr des Machtmissbrauchs nach sich.“, so Prof. Braun Binder. Die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft sei auf die Verhinderung von Machtakkumulationen einzelner Personen und Gruppierungen angelegt. Außerdem nehme die Direkte Demokratie eine

ambivalente Rolle ein. Während die Referendumsdrohung zu konsensfähigen Entscheidungen beitrüge, erlaube die Volksinitiative das Lancieren pointierter Ideen und die Profilierung von Partikularinteressen. Einzige materielle Schranke für Volksinitiativen bilde das sogenannte *ius cogens*, worunter man den Teil der Rechtsordnung verstehe, der nicht durch andere Vereinbarungen oder Erklärungen geändert werden dürfe.

In ihrem Fazit erklärte Prof. Braun Binder, dass das Schlagwort „Populismus“ mehr verdecke, als es erkläre. Verfassungsrechtliche Spannungslagen ließen sich besser unabhängig vom Schlagwort „Populismus“ thematisieren. Des Weiteren greife es zu kurz, kausale Beziehungen zwischen Direkter Demokratie und der Ausbreitung bzw. Minimierung von Populismus sehen zu wollen. Politische Systeme seien in ihrer Gesamtheit zu betrachten.

8. Workshops in den Räumen des Neuen Schloss

Workshop 1: Der „Grand Débat“ in Frankreich

Gaëtane Ricard-Nihoul, Europa- und Außenministerium, Frankreich

Richard Alvarez, Bürgermeister von Neuf-Brisach

Sebastien Storck, Bürger aus Neuf-Brisach und engagiert bei der „Grand Débat“



Prof. Dr. Frank Baasner, Direktor des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg

Zum Workshop „Der Grand Débat in Frankreich“ sind Referierende aus Frankreich und Deutschland geladen. Gaëtane Ricard-Nihoul, Richard Alvarez, Sebastien Storck und Prof. Dr. Baasner berichteten über ihre Erfahrungen im und ihre Erwartungen an der Grand Débat.

Unter anderem wird die Frage diskutiert, wie man Bürgerinnen und Bürger besser in politische Prozesse einbeziehen könne. Im Rahmen der Grand Débat würde insbesondere auf die Eigenschaften Diversität und Repräsentativität geachtet. Jugendbeteiligung fand während des Prozesses auf nationaler Ebene statt und ebenso wurde der Rat von Experten eingeholt. Wichtig werde es sein, auch in Zukunft neue Beteiligungsformate zu entdecken, wie beispielsweise Zufallsbürger-Konferenzen. Dadurch könne

gegen das Desinteresse in der Bevölkerung angekämpft werden. Darüber hinaus müsse es zu einem Austausch zwischen Bürgerinnen, Bürgern und Abgeordneten kommen. Besorgniserregend sei, dass 76 Prozent der Franzosen der Meinung sind, dass Gewalt eine politische Ausdrucksform sein könne. Um die Bevölkerung in den Prozess zu integrieren, müsse noch viel Bildungsarbeit geleistet werden. Doch auch innerhalb der Gesellschaft müsse die Bereitschaft an der Partizipation steigen.

Im Anschluss an die Impulsvorträge werden gemeinsam mit dem Publikum zentrale Herausforderungen sowie Handlungsoptionen ausgearbeitet.

Der enorme Zeitdruck wird hierbei als großer Gegner für den Prozess genannt. Bürge-

rinnen und Bürger müssten zudem ernst genommen werden, da sonst das Frustrationspotenzial ansteige. Das Stadt-Land Gefälle mache sich vor allem mit dem Rückzug staatlicher Einrichtungen aus dem ländlichen Raum bemerkbar. Zusätzlich müsse man sich in Zukunft Fragen, wie man mit der bewussten Streuung falscher Informationen - sogenannter Fake News – umgehen solle.

Für den Prozess seien die Gelingensbedingungen Transparenz, Organisation und per-

sönliche Beziehungen von großem Nutzen gewesen. Je aktueller ein Thema, desto höher sei das Engagement. Best-Practice-Beispiele könnten zum einen die Arbeit mit Zufallsbürgern aber auch die Restrukturierung der Verwaltung sein. Auch finanzielle Lösungen könnten ein Teil der Lösung sein, müssten aber von Faktoren wie Vertrauen, Selbstwirksamkeit und Beteiligung unterstützt werden.

Workshop 1: Der „Grand Débat“ in Frankreich

Zentrale Herausforderungen

- Oft kamen Themen auf, die nicht gleich besprochen werden konnten. Frustrationspotenzial.
- Man muss die Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen
- Teilweise nur geringe Beteiligung, auch stille Gruppen müssen aktiviert werden
- Hoher Zeitdruck
- Leute zweifeln oft daran, dass eigener Beitrag helfen kann bzw. wertvoll ist
- Stadt-Land Gefälle, Rückzug staatlicher Einrichtungen aus dem ländlichen Raum
- Subjektives Gefühl, dass Bürgerinnen und Bürger stets die Rechnung zahlen müssen
- Kann Europa aus dem Beispiel lernen?
- Prozess der Konsensfindung oft mühsam und anstrengend
- Fake News, bewusste Streuung falscher Informationen

Gelingsbedingungen/Handlungsoptionen/Best-Practice

- Wichtig ist Sichtbarkeit der Ergebnisse
- Gute Organisation
- Persönliche Beziehungen helfen enorm
- Arbeit mit Zufallsbürgern, Unterstützung durch kommerzielle Anbieter
- Aktualität des Themas bestimmt teilweise über Engagement
- Restrukturierung der Verwaltung, z.B. Polizei, Post, Banken etc.
- Finanzielle Investitionen können Teil der Lösung sein, aber auch Vertrauen, Selbstwirksamkeit, Beteiligung
- Engagement bottom up
- Repräsentativität spielt entscheidende Rolle
- Legitimation und Information durch anerkannte Experten



Workshop 2: Einfluss der Sozialen Medien auf den politischen Diskurs

Nese Erikli MdL, GRÜNE-Fraktion

Jürgen Keck MdL, FDP-Fraktion

Dieter Egli, Grossrat, Fraktionspräsident SP

Claudia Rohrer, Grossrätin, Fraktionspräsidentin SP



Nese Erikli zeigte eingangs auf, dass mit den Sozialen Medien Chancen und Risiken für die Demokratie einhergehen. So seien die Sozialen Medien nunmehr ein wichtiger Bestandteil der Kommunikation insbesondere jüngerer Menschen. Gleichwohl zeige sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund der im Internet meistens herrschenden Anonymität, dass es in den Sozialen Medien zu einer Verrohung der Sprache komme und Beleidigungen sowie Drohungen gegenüber Politikerinnen und Politikern zunehmen. Frau Erikli berichtete hier auch von eigenen Anfeindungserfahrungen.

Jürgen Keck lerne in Bezug auf den Umgang mit Sozialen Medien gerne von Kolleginnen und Kollegen wie Frau Erikli. Grundsätzlich könne er sich auch vorstellen, die Sozialen Medien in seiner Rolle als Landtagsabgeordneter intensiver zu nutzen.

Er betonte aber auch, dass er nicht mit den neuen Kommunikationsmedien aufgewachsen sei und insgesamt das persönliche Gespräch bevorzuge.

Dieter Egli verwies u.a. darauf, dass es nach wie vor auch einen face-to-face-Austausch im Rahmen des politischen Diskurses benötige. Während die Sozialen Medien um Emotionen zu wecken in ihrer Tendenz der Skandalisierung und dem Spektakel zustrebten, ermögliche der direkte Austausch einen Dialog auf Sachebene.

Claudia Rohrer betonte die Schwierigkeiten, die für Politikerinnen und Politiker mit der Teilnahme am Politischen Diskurs in den Sozialen Medien verbunden sei. Es grenze aufgrund der hohen Geschwindigkeit und der Dynamiken in den Sozialen Medien an die Unmöglichkeit, immer adäquat zu reagieren. Sie selbst bliebe auf den Sozialen

Medien lieber passiv, wenngleich sie auch Vorteile erkennen könne.

Insgesamt sehen die Teilnehmenden die zentrale Herausforderung im Bereich der Sozialen Medien in der digitalen Spaltung der Gesellschaft in Digital Natives und Digital Immigrants. So sei es gerade für die Jahrgänge von vor 1980 nicht einfach, sich in die Thematik einzuarbeiten. Darüber hinaus ergebe sich aufgrund der Eigendynamik der Sozialen Medien ein Zeitdruck fortlaufend reagieren zu müssen. Die Anonymität in den Sozialen Medien wurde grundsätzlich begrüßt, gleichwohl es aus

Sicht der Teilnehmenden Möglichkeiten brauche, Fehlverhalten auch zu bestrafen.

Aus Sicht der Teilnehmenden könnten die Sozialen Medien eine sinnvolle Ergänzung des analogen politischen Diskurses darstellen. Beispielsweise kann die Reichweite der Kommunikation durch die Ansprache anderer und neuer Zielgruppen über Soziale Medien erhöht werden. Hier brauche es zielführende Formate wie beispielsweise „Facebook-Sprechstunden“ oder „Erklärvideos“, die die politischen Strukturen darstellten.

Workshop 2: Einfluss der Sozialen Medien auf den politischen Diskurs

Zentrale Herausforderungen

- Dilemma Spektakel vs. Differenzierung meistern
- Diskurs wird zum Scheindiskurs
- Geschwindigkeitszunahme
- Umgang mit Hass – rechtl. Rahmenbedingungen, Sensibilisierung, Impulskontrolle
- Transparenz – wer steuert was?
- Aufklärung, auch Fake News
- Politiker sollten sich nicht treiben lassen von der Simplifizierung
- Anonymität im Netz, wird ambivalent gesehen
- Komplexität vermitteln – ist das überhaupt möglich?

Gelingensbedingungen/Handlungsoptionen/Best-Practice

- Intellekt und Differenzierung stärken
- Parallele Stärkung durch face-to-face
- Nutzen der Reichweite
- Erreichbarkeit neuer und anderer Zielgruppen
- Nutzung neuer Formate, z.B. facebook-Sprechstunde, Erklärvideos
- Strafrechtliche Verfolgung bei Grenzüberschreitungen
- Nutzung unterschiedlicher Formate mit unterschiedlicher Reichweite
- Website Demokratiezentrum BW Respekt
- Politische Prozesse erklären
- Positive Seiten/Chancen sehen



Workshop 3: Soziale Medien in der Praxis der Behördenkommunikation

Peter Buri, Regierungssprecher Kanton Aargau

Jana Höffner, Referatsleiterin Online-Kommunikation/Internet, Staatsministerium BW

Jens Lauer, Polizeisprecher Polizeipräsidium Stuttgart



Die Sozialen Medien stellen neue Kommunikationswege dar, welche auch für Behörden Chancen und Risiken beinhalten. Welches sind die relevanten Veränderungen in der Medien- und Kommunikationswelt? Welche im Verhalten bei der Mediennutzung und in der Kommunikation? Vor welchen Herausforderungen stehen Behörden?

Der Workshop zeigte die Komplexität und Vielschichtigkeit auf, die sich hinter diesen einfachen Fragen verbergen. Zum einen stellen die verschiedenen Dynamiken der verschiedenen Sektoren eine Herausforderung dar. Die Sozialen Medien gehören dem Wirtschaftssektor an, sind geprägt von Schnelligkeit, Agilität, auch Spontaneität und Provokation. Soziale Medien wie Instagram benötigen laufend neue Inhalte (Content) mit kurzen und prägnanten Aussagen sowie ansprechendem Bildmaterial.

Demgegenüber steht der Sektor Staat mit seiner Logik des staatlichen Handelns. Der Sektor ist gekennzeichnet durch Stabilität, Sicherheit, Hierarchie und Kontrolle mithilfe von Gesetzen und Verordnungen, aber auch durch langwierige Entscheidungsprozess. Die Behördenkommunikation über die Sozialen Medien muss diesen unterschiedlichen Dynamiken gerecht werden, was die jeweiligen Verantwortlichen vor verschiedenste Herausforderungen stellt.

In der Diskussion wurde zudem aufgezeigt, dass die Vielfältigkeit der Anspruchsgruppen (Stakeholder) nicht zu unterschätzen ist. Für die Behörden stellen sich die Fragen: Wer genau ist meine Zielgruppe? Über welche Kanäle erreiche ich sie? Wie Sorge ich dafür, dass ich gehört werde? Wie Sorge ich dafür, dass ich verstanden werde? Die Sprache und Verständlichkeit von Informationen entscheiden über den Erfolg oder

Misserfolg der Kommunikation. Damit verbunden ist also eine Art „Übersetzungsleistung“ aus

dem Duktus der Verwaltung, einer meist juristisch geprägten Sprache, hin zu kurzweiligen und niedrigrschwelligigen Aussagen. Je nach Sozialem Medium sollte dabei noch das Alter der Zielgruppen berücksichtigt werden.

Die einzelnen Aufgaben von Behörden – ob Polizeiarbeit, die Entwicklung eines neuen Industriegebietes oder der Umwelt- und Naturschutz – sind oft sehr komplex und werden über mehrere Jahre oder gar Jahrzehnte bearbeitet. Für das Story Telling über Soziale Medien und die teilweise recht kurze Aufmerksamkeitsspanne der Nutzerinnen und Nutzer dieser Medien ist dies eine schwierige Herausforderung.

Auch wenn die Sozialen Medien viele Stolpersteine und Herausforderungen für Behörden aufweisen, ist die Kommunikation darüber von vielen Chancen geprägt. Staat-

liche Handeln wird verständlicher und rückt so näher an die Bürgerinnen und Bürger. Damit verbunden ist auch die Chance auf eine Imagepflege. Verschiedenen staatlichen Dienstleistungen werden sichtbar, die oft von der Bürgerschaft unbemerkt für die Bürgerschaft erbracht werden. Soziale Medien stellen dabei keine Einbahnstraße dar, in welcher die Behörden an die Bürgerschaft kommunizieren. Auch umgekehrt entsteht ein Nutzen, wenn beispielsweise Bürgerinnen und Bürger unkompliziert auf Themen oder Probleme verweisen können. Mit wachem Blick lassen sich zudem frühzeitig heikle Themen entdecken, welche die Behörde aufgreifen und bearbeiten kann. Auch wenn Behörden vielleicht noch am Nutzen der neuen Medien zweifeln, die tektonischen Plattenverschiebungen innerhalb der Medienlandschaften zeigen, dass die Tage der klassischen Pressemitteilungen gezählt sind.

Workshop 3: Soziale Medien in der Praxis der Behördenkommunikation

Zentrale Herausforderungen

- Soziale Medien benötigen laufend neue Inhalte mit kurzen und prägnanten Aussagen sowie ansprechendem Bildmaterial
- Wer genau ist meine Zielgruppe?
- Über welche Kanäle erreiche ich sie?
- Wie Sorge ich dafür, dass ich gehört werde?
- Wie Sorge ich dafür, dass ich verstanden werde?
- Komplexität der Behördenarbeit schwierig übertragbar in das Story Telling Sozialer Medien

Gelingensbedingungen/Handlungsoptionen/Best-Practice

- Sprache und Verständlichkeit von Informationen entscheiden über Erfolg/Misserfolg der Kommunikation
- Alter der Zielgruppen berücksichtigen



Workshop 4: Narrative über direkte Demokratie

Dr. Rolf Frankenberger, Universität Tübingen



Dr. Rolf Frankenberger arbeitet seit 2003 am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. Er ist Co-Autor des von der Baden-Württemberg Stiftung durchgeführten Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg.

In diesem Zusammenhang untersuchte er die in der Bevölkerung vorhandenen Bewertungen der Direkten Demokratie (DD) und identifiziert zwei „Narrative“. Narrative sind keine beliebigen Geschichten, sondern etablierte Erzählungen, die mit einer Legitimität versehen sind. Es handelt sich um sinnstiftende Erzählungen, die Einfluss haben auf die Art, wie die Umwelt wahrgenommen wird. Sie transportieren Werte und Emotionen, sind in der Regel auf einen bestimmten Kulturkreis bezogen und unterliegen dem zeitlichen Wandel. Dr. Frankenberger identifizierte über die Durchführung einer Vielzahl qualitativer Tiefeninterviews über die DD in Baden-Württemberg zwei

grundlegende Narrative: „Demokratisierung“ und „Populismus“.

Im Rahmen des Narrativ „Demokratisierung“ würde u.a. davon ausgegangen, dass durch die DD eine engere Beziehung zwischen Politik und Bevölkerung hergestellt werden könne und eine Befriedung von gesellschaftlichen Konflikten erfolge.

Das Narrativ „Populismus“ speise sich im Besonderen aus Perspektiven von AfD-Anhängern und gehe davon aus, dass die Meinung des Volkes in der repräsentativen Demokratie von Eliten unterdrückt und politische Konflikte nicht offen diskutiert würden.

In der anschließenden Diskussion identifizierten die Teilnehmenden unterschiedliche Herausforderungen im Umgang mit der direkten Demokratie sowie verschiedene Handlungsanleitungen.

Zunächst wurde deutlich, dass sich die Perspektiven auf DD in der BRD und der Schweiz stark unterschieden. Während man in der Schweiz auf eine über lange Jahre gewachsene Kultur der DD blicken könne, gelte für die BRD, dass eine entsprechende politische Kultur sich erst noch verfestigen müsse. Doch sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland zeige sich, dass das Phänomen des Populismus auch für die DD ein Risiko darstelle. Für Baden-Württemberg stehe zudem die Befürchtung im Raum, dass Möglichkeiten, welche die DD bereithielte, zunehmend von Partikularinteressen instrumentalisiert werden könne.

Grundsätzlich sollten die vielversprechenden emanzipatorischen Potentiale, welche die DD bereithalte, in Baden-Württemberg weiter erprobt werden. Auf Basis dieser Praxiserfahrungen könne eine entsprechende politische Kultur entstehen. Bspw. sollten direktdemokratische Entscheidungen zunächst als Sachentscheidungen wahrgenommen werden und nicht grundsätzlich an die Legitimation einer Regierung geknüpft werden. In diesem Zusammenhang wäre es auch relevant, Formen der DD im Vorhinein mit einem deliberativen Vorgehen zu koppeln. Hierbei nützten auch entsprechende Regeln und Strukturen.

Workshop 4: Narrative über direkte Demokratie

Zentrale Herausforderungen

- Dem mit der direkten Demokratie verknüpften Emanzipatorischen Anspruch gerecht werden
- Politische Kultur als kontextueller Faktor; insbesondere für die BRD: Erlernen/Verinnerlichen einer dienlichen Kultur
- Institutionelle Ausgestaltungsart der direkten Demokratie
- Vertretung von Partikularinteressen über Instrumente der direkten Demokratie
- Zeitlicher Umsetzungsdruck vor dem Hintergrund des Zeitfensters einer Legislaturperiode (BRD)
- DD kann ggf. eine „blockierende“ Wirkung entfalten

Gelingsbedingungen/Handlungsoptionen/Best-Practice

- Differenzierte Diskussion über Wirkungen der direkten Demokratie entkräftet Vorwurf der „Spaltungserscheinung“
- Alternative Partizipationsformate neben der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene
- Zunächst beteiligen, dann entscheiden (Prozess)
- Gemeinschaftliches Teilen von Verantwortung einüben
- Praxiserfahrung durch Anwendung erhöhen



Impressionen vom Abendempfang



9. Begrüßung durch Frau Landtagspräsidentin

Muhterem Aras, Präsidentin des Landtags



Frau Landtagspräsidentin Muhterem Aras eröffnete ihre Rede mit einem Zitat von Winston Churchill, welcher die Demokratie als „geringstes Übel“ im Vergleich zu anderen Regierungsformen darstellt. Darauf aufbauend beschreibt sie kurz Situationen, in denen sie sich nicht an der Demokratie selbst, sondern an ihrer Auslegung und Umsetzung im Verhalten vieler Akteure stört.

Demgegenüber stellt sie die Vorteile und Errungenschaften der Demokratie und kam zu dem Schluss, dass die Demokratie geschätzt werden müsse, ihre Schwächen jedoch nicht verleugnet werden dürften.

„Demokratie als schützendes Haus unverrückbarer Institutionen, aber auch Demokratie als lebendiges Gespräch zwischen

beweglichen Menschen, wir brauchen beides“

Daran anknüpfend spricht Frau Landtagspräsidentin Aras über ihr Demokratieverständnis. Die Demokratie sei dynamisch und müsse gepflegt, verteidigt und weiterentwickelt werden. Außerdem sieht sie die Demokratie zu gleichen Teilen als „schützendes Haus unverrückbarer Institutionen“ und als „lebendiges Gespräch zwischen beweglichen Menschen“.

Darüber hinaus führt sie häufiger an, dass man die „Demokratie in Schwung versetzen“ muss und nennt hierbei zwei konkrete Beispielprojekte aus dem Landtag Baden-Württemberg: Das Bürgerforum zur Altersvorsorge und die Gespräche im Landtag: „Wertsachen – was uns zusammenhält“.

Gegen Ende ihrer Rede betont sie nochmal, wie wichtig es in einer und für eine Demo-

kratie ist, Gespräche zu führen, wenn möglich mit so vielen und so verschiedenen Menschen wie möglich. Sie schließt mit einem Zitat eines israelischen Friedensno-

belpreisträgers: „Demokratie ist Harmonie von Gegensätzen. Sie beruht auf zwei Grundrechten: Dem Recht auf Gleichheit und dem Recht auf Verschiedenheit“.

10. Begrüßung durch Frau Präsidentin des Grossen Rats

Renata Siegrist-Bachmann, Präsidentin des Grossen Rats



Frau Präsidentin des Grossen Rats Renata Siegrist-Bachmann erklärt zu Beginn, dass der vorangegangene Konferenztag sie dahingehend beeinflusst hätte, dass sie Veränderungen an ihrer ursprünglichen Rede vornahm.

Darüber hinaus spricht sie Frau Staatsrätin Erler ihr Lob und ihre Anerkennung für die Leistungen als Staatsrätin im Bereich Bürgerbeteiligung aus.

„Demokratie und Menschenrechte sind Freunde oder Kollegen oder ein Paar. Sie sind Grundwerte unserer Gesellschaft und bilden auch zusammen mit der Rechtsstaatlichkeit die Leitlinien für die Politik“

Sie bedankt sich zudem für die Veranstaltung im Allgemeinen und betont, wie wichtig es sei sich einmal Zeit zu nehmen und das System der Demokratie als solches zu reflektieren, da dies häufig zu kurz kommt. Diese Reflexion umreißt sie in verschiedenen Punkten.

Zunächst erfolgt eine Beschreibung der Leitlinien der Demokratie. Diese bestehen für Frau Präsidentin des Grossen Rats Siegrist-Bachmann aus den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit.

Konkret für die Demokratie der Schweiz stellt sie die Frage, ob diese noch zeitgemäß sei und umriss die jeweiligen Stärken und Herausforderungen. Eine der Herausforderungen sei die Komplexität des politischen Systems und das damit verbundene fehlende Interesse der Bürgerinnen und Bürger, mitzuwirken. Sie begründet diesen Gedanken mit einer persönlichen Erfahrung, als ihr beim Thema Politik auf der Straße mit

Desinteresse und fast schon Ablehnung begegnet wurde. Deutlich betont sie daraufhin, dass im Zeitalter einer globalisierten Welt Partizipation, Kooperation und vor allem das Interesse von Bürgerinnen und Bürgern an Politik entscheidend seien.

Zum Ende der Rede hin verwies Sie darauf, dass die Demokratie unter allen Staatsformen am besten geeignet sei, um das harmonische Zusammenleben von Menschen zu gewährleisten, sie aber hierzu auch auf den Beitrag jedes Einzelnen angewiesen sei.

11. Grußbotschaft

Jessica Hubbard, Fridays for Future



Jessica Hubbard, eine Vertreterin der „Fridays for Future“ Bewegung spricht in kurzfristiger Vertretung für eine Kollegin. Sie sieht diese spontane Möglichkeit vor die Gäste der Demokratiekonferenz treten zu können allerdings als Vorteil, da sie dadurch gezwungen ist ohne Vorbereitung und damit ungefiltert und authentisch zu sprechen.

„Gemeinsam festlegen, wie diese Demokratie weitergehen muss“

Sie erzählt zunächst aus ihrem persönlichen Leben von einer Begegnung im deutschen Bundestag, den sie besuchen durfte. Nachdem ihr dort im „Herzen unserer Demokratie“, wie sie es nennt, eine muslimische Frau von ihrer Erfahrung mit Übergriffen

rechtspopulistischen Ursprungs berichtet, hinterfragt sie den Zustand der Demokratie in Deutschland. Vor allem in Bezug auf die Gleichheitsrechte fragte sie sich, ob Deutschland wieder Rückschritte mache. Vor diesem Hintergrund appelliert Jessica Hubbard für eine Demokratie, in der jeder gleichbehandelt wird, Spaltungen überwunden und Ziele gemeinsam erreicht werden sollten. Auch deshalb ist sie froh als Vertreterin für Fridays for Future, aber mit ihren 17 Jahren auch als Vertreterin der Jugend an der Demokratiekonferenz teilnehmen zu dürfen. Es geht ihr vor allem darum „gemeinsam festzulegen, wie diese Demokratie weitergehen muss“.

Jessica Hubbard betont zum Ende ihrer Rede, wie wichtig die Jugend für die zukünftige Gestaltung der Demokratie ist, weil die Jugend selbst die Zukunft verkörpert.

12. Ethische Herausforderungen in der humanitären Arbeit

Dr. Jürg Kesselring, Mitglied der IKRK-Versammlung



Prof. Dr. Jürg Kesselring spricht in seinem Vortrag über die Grundsätze der humanitären Arbeit des Internationalen Komitee des Roten Kreuz (IKRK). Diese Grundsätze sind Humanität, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit und die voluntäre gemeinsame und weltweite Arbeit. Er greift in seinem Vortrag die einzelnen Grundsätze auf und erläutert diese im Kontext.

Einführend spricht der Neurologe über die Arbeit mit seinen Patienten. Es sei wichtig, gerade bei Patienten, denen es schlechter geht eine gewisse Trosthaltung zu erwecken. Trotz schwerer Umstände könnten sie dann an sich arbeiten. Gerade die Selbstverantwortung und die Fähigkeit zur Resilienz hielte er für wichtige Grundkriterien für eine positive Entwicklung, die nur in der Gemeinschaft gehe. Dies gelte für alle Menschen und damit hänge auch seine Überzeugung für die Arbeit des IKRK zusammen. Er begründet diese Auffassung mit einem Zitat von Anton Pawlowitsch Tschechow: „Die Krisengebiete sind Teil

unserer Gesellschaft, auch wenn sie weit weg sind. Wir haben es als Gesellschaft so gewollt und haben auch eine Verantwortung.“

„Grüezi miteinander! Das ist die demokratische Kurzform der Begrüßung. Damit ist jede und jeder herzlich angesprochen“

Im Folgenden spricht Prof. Dr. Kesselring über die Entstehungsgeschichte des IKRK. Das IKRK entstand aus der Genfer Konvention von 1864 und hat die Aufgabe des Schutzes von Leben und Würde. Er erläutert in diesem Zusammenhang die wichtige Rolle der Empathie. Dabei spiele es eine wichtige Rolle kein abwertendes Mitleid zu haben, sondern Mitgefühl zu haben und sich in die Situation des Gegenübers hinein zu versetzen.

Um den Zusammenhang zwischen den einzelnen Grundsätzen des IKRK zu verdeutli-

chen erläutert Kesselring die Humanitäre Pyramide von Prof. Dr. Daniel Thürer. Die Basis bildet das humanitäre Völkerrecht. Darauf bauten die Säulen Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit auf, die die Spitze in Form der Humanität stützten.

Auf den Begriff der Neutralität geht Prof. Dr. Kesselring im Weiteren genauer ein. Im Zusammenhang mit dem IKRK stehe der Begriff dafür, dass beiden Parteien geholfen würde. Das IKRK bleibe unparteilich und

zeige trotzdem mit allen Betroffenen Empathie und biete Unterstützung.

Im letzten Teil seines Vortrags geht er auf die Ausstellung „Der Preis für den Frieden“ im Henry-Dunant-Museum ein. In dieser Ausstellung gehe es auch um den Preis, den wir für den Frieden bereit sind zu zahlen. Diese Reflektion sei entscheidend. Man könne daraus die Motivation gewinnen, etwas für den Frieden zu tun.

Impressionen vom zweiten Konferenztag



13. Workshops in den Räumen des Neuen Schloss

Workshop 1: Generationenfrage Klimaschutz

Elias Pfeffer und Davina Wisbar, Fridays for Future

Thomas Hentschel MdL, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gabi Rolland MdL, SPD-Fraktion

Friedemann Meyer, AfD-Fraktion

Desirée Stutz, Grossrätin, SVP-Fraktion

P. Kaufmann, Grossrat, Fraktionspräsident CVP



Die Themen Klima und Umwelt reiten derzeit auf einer Popularitätswelle. Welche Antworten und Ansätze halten Politik und Parteien bereit? Oder ist primär die Zivilgesellschaft gefragt, sich zu engagieren? Im Workshop „Generationsfrage Klimaschutz“ diskutierten Parteivertretern mit jungen engagierten Bürgerinnen und Bürgern.

Die Diskussion des Workshops war geprägt von verschiedenen Spannungsbögen. Einer davon erstreckte sich zwischen den Positionen: Verantwortung des Individuums vs. Verantwortung der Gesellschaft und des Staates. Fünfmal die Woche Fleischkonsum, nach dem Schulabschluss erst mal mit dem Flugzeug die Welt bereisen oder billig beim Discounter statt auf dem regionalen

Markt einkaufen – das Potential für einen Beitrag der einzelnen Menschen in Sachen Klimaschutz wurde von einem Teil der Referentinnen und Referenten als sehr groß angesehen. Klimaschutz ja, aber jeder sollte bei sich persönlich beginnen. Verschiedene Statements betonten, dass Verbote und Regulationen des Staates nur mit Vorsicht zu genießen seien. Gefragt sei das persönliche Engagement und der eigene Beitrag, bevor auf kantonaler, länder- oder bundesstaatlicher Ebene interveniert werden sollte.

Am anderen Ende dieses Spannungsbogen stand die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für Mensch, Klima und dem Artenschutz. Zwar stimmte der andere Teil der Referentinnen und Referenten zu, dass es

der persönlichen Verantwortung und Verhaltensänderung bedürfe. Gleichzeitig seien die Aufgaben im Klimaschutz so gewaltig, dass man sie nicht auf die einzelnen Bürgerinnen und Bürger abwälzen könne. Das könne zu Ohnmacht und Resignation führen. Wichtig sei daher, die Stellschrauben des Staates zu nutzen um dadurch beispielsweise gute Rahmenbedingungen für moderne, klimafreundliche Technologien zu schaffen. Oder die Kosten der CO₂-Emissionen in die Preise von Gütern und Dienstleistungen einfließen zu lassen. So würden auch auf der persönlichen Ebene Anreize für nachhaltiges Konsumverhalten gesetzt. Die staatliche Verantwortung reiche nun mal weit: Ob bei der Bereitstellung von Bus & Bahn, bei der Kohleförderung,

dem CO₂-Handel, den Subventionen für landwirtschaftliche Betriebe oder der Innovationsförderung über beispielsweise Hochschulpolitik. Wichtig sei dabei, die Ideen, Vorstellungen und Ansätze der aktuellen Generation zu berücksichtigen, da diese anders „ticke“. Sie sei zum Teil von anderen Wertvorstellungen geprägt, die einbezogen werden müssten. Diskutiert wurde dabei ebenfalls die Einbindung junger Menschen in die aktuellen Entscheidungsprozesse. Jungen Menschen sollen sich in das aktuelle politische System aktiv einbringen, sich aufstellen und wählen lassen, sich einmischen. Gleichzeitig wurden die aktuellen Möglichkeiten kritisiert, da sie zum Teil sehr hierarchisch, langwierig und modernisierungsbedürftig daherkämen.

Workshop 1: Generationenfrage Klimaschutz

Zentrale Herausforderungen

- Generationengerechtigkeit, Jede Generation tickt anders, Jetzt Verantwortung übernehmen Ressourcen sind endlich
- ÖPNV verbessern, Mobilitätspass und LKW-Maut, Stadt der kurzen Wege, Kostengünstige Mobilität erreichen
- Auch die Gegenseite ist zu hören – „Klimaleugner“
- CO2 als Thermometer aber kein Thermostat
- Wir haben den Planet von unseren Enkeln nur geliehen => als Auftrag sehen
- Klimapaket mit sozialem Ausgleich
- Jugendliche in den politischen Prozess miteinbinden (Schweiz)
- Bei uns selbst beginnen und Vorbild sein
- Ausgleichszahlung fürs Fliegen leisten vs. Lebenshaltung und Lebensweise anpassen
- Zukunft haben wir nur einmal, darin können wir nur einmal investieren

Gelingsbedingungen/Handlungsoptionen/Best-Practice

- Technologien vorantreiben, Weltmarktführer werden => Chancen nutzen
- Mutig sein, alle großen Stellschrauben drehen und viel bewegen
- Emissionshandel nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf Importprodukte (Einfluss auf ausländ. Markt) ausweiten
- CO2-Handel mit Start ab 180 €
- Entscheidungshoheit erforderlich, um einen Beitrag zu leisten
- Rascher Kohleausstieg
- Einfluss auf Auftraggeber geltend machen (vertragliche Vereinbarung zu CO2-Abgabe bei Aufträgen)
- Richtige Rahmenbedingungen schaffen als Politiker, damit die Innovation stattfinden kann, Anreize setzen
- Nachhaltigkeit versus Geiz ist Geil-Kultur, jeder ist persönlich gefordert
- Schattenpreis für CO2-Verbrauch

Jede Generation tickt anders	ÖPNV verbessern	Generationengerechtigkeit
Es gilt, jetzt Verantwortung zu übernehmen		Ressourcen sind endlich
CO2 als Thermometer ansehen, kein Thermostat	Nicht sanktionieren, sondern belohnen	Jugendliche in den polit. Prozess einbinden
Entscheidungshoheit nutzen		Wasserstoffmobilität
Große Stellschrauben drehen	Generationenfrage	Innovationen stattfinden lassen, Anreize setzen
Richtige Rahmenbedingungen schaffen	Klimaschutz	
	Einfluss auf Auftraggeber geltend machen, nachhaltig zu arbeiten	
	Emmissionshandel nicht nur in D, sondern auch auf ausländ. Markt ausweiten	
Nachhaltigkeit versus Geiz-ist-geil-Kultur	Einen Weg finden, Lösungen umzusetzen	
	Landwirtschaftliche Massenproduktion verringern	

Workshop 2: Politische Bewegungen

Jasha Grüner und Jessica Hubbard, Fridays for Future

Annette Rueß, Pulse of Europe Stuttgart

Dr. David Vig, Amnesty International Ungarn

Stefan Manser-Egli, Operation Libero, Schweiz



Impulsvorträge werden im Workshop „Politische Bewegungen“ von Fridays for Future, Operation Libero aus der Schweiz, Pulse of Europe Stuttgart und Amnesty International Ungarn gehalten.

Jasha Grüner und Jessica Hubbard berichten, dass es Fridays for Future vor allem um den Klimaschutz ginge. Ein Problem dabei bestünde darin, ernst genommen zu werden. Die Organisation lebe nicht nur von der Jugend, sondern brauche auch Erwachsene, um wachsen zu können. Daraus habe sich zum Beispiel die Untergruppierung „Parents for Future“ gegründet.

Annette Rueß von Pulse of Europe betrachtet die Entwicklung weltweit mit großer Sorge. Politikerinnen und Politiker wie Donald Trump, Boris Johnson und Marie Le Pen hätten den Populismus wieder salonfä-

hig gemacht. Ihre Organisation verfolge das Ziel „Europa auf der Straße sichtbar zu machen“. Aus diesem Grund trifft sich die Organisation an jedem 1. Sonntag im Monat um demonstrieren zu gehen. Sie betont, dass es ein Schicksal vieler Bürgerbewegungen sei, dass man sich neue erfinden müsse. Die Suche nach anderen Veranstaltungsformaten sei eine zentrale Herausforderung, um die Bürgerinnen und Bürger für Partizipation zu motivieren.

Dr. David Vig berichtet aus den Erfahrungen in seinem Heimatland Ungarn. Es wäre laut ihm bereits ein Erfolg, wenn sich die Situation nicht verschlimmere. Seine Organisation müsse sich gegen Angriffe und Gesetze wehren, die den Prozess hemmen. So müsse Amnesty International in Ungarn für die Hilfe vieler Migrantinnen und Migranten Extra-Steuern zahlen. Die Solidarität

mit Migrantinnen und Migranten werde sogar strafrechtlich verfolgt.

Stefan Manser-Egli beklagt die Diskurshoheit nationalistischer Parteien in der Medienlandschaft der Schweiz. So habe Operation Libero als konkrete Maßnahme populistische Frames in der Schweiz umgedeutet.

Im Rahmen der Diskussion wird gefragt, inwiefern politische Bewegungen miteinander arbeiten. Für die Zukunft müsse man sich verbinden, um gemeinsam neue Strategien zu entwickeln und konkrete Themen zu finden. Außerdem benötige es eine Anknüpfung an die Politik sowie eine stetige

Finanzierung. Herr Manser-Egli erklärt, dass es für eine erfolgreiche Kampagne das richtige Momentum brauche. Die Verbindung aus Krise und Dringlichkeit nennt er dabei „Krislichkeit“.

Handlungsoptionen, die gemeinsam ausgearbeitet wurden, sind unter anderem die Konkretisierung von Zielen, das Networking sowie die Solidarität. Es sei Herausforderung und Gelingensbedingung zugleich, Bewegungen miteinander zu verbinden. Als Best-Practice-Beispiel wird die sogenannte Watchdog-Funktion genannt, die zur Einhaltung von Normen dränge.

Workshop 2: Politische Bewegungen

Zentrale Herausforderungen
<ul style="list-style-type: none"> • Bewegungen verbinden • „Krislichkeit“ • „immer wieder neu erfinden“ • Konkrete Themen finden • Anknüpfung an die Politik • Stetige Finanzierung
Gelingsbedingungen/Handlungsoptionen/Best-Practice
<ul style="list-style-type: none"> • Konkretisierung der Ziele • Networking • Solidarität • Bewegungen verbinden • Framing • Brücken bauen • Watchdog-Funktion • Kampagnen • Mobilisierung



Workshop 3: „Zufallsbürger“ in der Politik

Michael Lederer, Büro für Zukunftsfragen, Vorarlberg

Anna Stuers, Ständige Sekretärin des permanenten Bürgerdialogs in Ostbelgien

Gabriele Renz, Pressesprecherin, Landtag von Baden-Württemberg

Jo Spiegel, Bürgermeister der elsässischen Gemeinde Kingersheim

Nicolas Bach, Nexus Institut



Michael Lederer erläutert eingangs, dass im österreichischen Bundesland Vorarlberg bereits seit 2006 das Format des Bürgerrats durchgeführt würde. Dieses basiere auf dem Prinzip des Zufallsbürgers. Bürgerräte würden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene durchgeführt und dienen der Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses sowie der Einbringung einer gemeinwohlorientierten Perspektive in die Politik.

Anna Stuers berichtet über den permanenten Bürgerdialog in Ostbelgien, welcher derzeit ins Leben gerufen wird. Es handelt sich um ein speziell für die deutschsprachige Gemeinschaft in Ostbelgien (ca. 75.000 Menschen) entwickeltes Partizipationsmodell. Im Kern hat der Bürgerdialog zwei Gremien: die Bürgerversammlung und den Bürgerrat. Beide Organe sind auf Basis der

Zufallsauswahl besetzt. Der Bürgerrat entscheidet als permanentes Organ über die zu behandelten Themen, zu welchen dann im Bürgerrat Empfehlungen für das Parlament erarbeitet werden.

Gabriele Renz beschreibt ein Verfahren mit Zufallsbürgern zum Thema Diätenerhöhung im Baden-Württembergischen Landtag. Sie betont wie wichtig eine neutrale Begleitung entsprechender Verfahren sei und hebt hervor, dass es zunächst, auf Seiten der Politik und der Bevölkerung, Vorurteile abzubauen gelte.

Jo Spiegel stellt zunächst fest, dass sich die liberale Demokratie in einer Krise befände. Diese sei am besten mit der Kluft zwischen Bürgern und Politik, zu umschreiben. Derzeit komme man im Bereich der Repräsentation durch Parlamente an Grenzen. Parti-

zipation bedeutet hier, die Demokratie weiter zu demokratisieren. Anschließend berichtet Herr Spiegel von Beispielen aus seiner Heimatgemeinde Kingersheim.

Nicolas Bach berichtet vom 2019 in Deutschland durchgeführten Bürgerrat Demokratie. Zu Beginn des Projektes habe man sich die Frage gestellt, wie man das parlamentarisch-repräsentative System durch Bürgerbeteiligung ergänzen könne. Antwort auf diese Frage war ein zweistufiges Vorgehen mit Zufallsbürgern. In sechs Regionalkonferenzen diskutierten per Zufall ausgewählte Bürgerinnen und Bürger die zentralen Themen des Prozesses. Im

sogenannten Bürgerrat wurde dann über vier Tage hinweg ein Bürgergutachten zu den entsprechenden Themen erarbeitet.

Im Rahmen der Plenumsdiskussion wird u.a. die Verknüpfung zwischen repräsentativer, direkter und deliberativer Demokratie angesprochen. In diesem Zusammenhang wird für Baden-Württemberg eine weitere Institutionalisierung der Verknüpfung zwischen den drei Demokratieformen angeregt. Darüber hinaus wird diskutiert wie die Legitimation von Verfahren mit Zufallsbürgern bewertet werden könne und inwiefern, welche Entscheidungskompetenzen entsprechende Gremien haben könnten.

Workshop 3: „Zufallsbürger“ in der Politik

Zentrale Herausforderungen

- Verständnis für politische Entscheidungen schaffen
- Kompass für Politik durch Partizipation
- Demokratie üben
- Komplexitätshemmnisse überwinden
- Abgabe von Macht und Deutungshoheit
- Herstellung von Augenhöhe
- Bürgerforen als „Reparaturbetrieb“ der parlamentarischen Demokratie
- Legislaturübergreifende Interaktivität der Demokratie sicherstellen
- Kluft zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen
- Entscheidungsstrukturen aufbauen
- Transparenz der Methodik in Zufallsauswahl
- Aufwand im Planungsprozess der Zufallsauswahl
- Legitimität der ZufallsbürgerInnen klären
- Rückkoppelungen gewährleisten

Gelingsbedingungen/Handlungsoptionen/Best-Practice

- Grundlegende Informationen zur barrierefreien Teilnahme
- Gefäße auf allen Ebenen
- Initiativmöglichkeiten schaffen
- Verankerung in der Landesverfassung
- Themenfindung in Gewaltenteilung
- Demokratische Begegnungsräume schaffen (Haus der Demokratie)
- Demographische Repräsentativität durch ZufallsbürgerInnen
- Drei Säulen der Demokratie besser verzahnen (Landesbeteiligungssatzung)
- Demokratiebildung im schulischen Umfeld



Workshop 4: Parteienlandschaft im Wandel

Prof. Dr. Ulrich Eith, Studienhaus Wiesneck

Oliver Hildenbrand, Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen BW

Andreas Stoch MdL, SPD-Landesvorsitzender BW



Eingangs verdeutlicht Prof. Dr. Eith den derzeit stattfindenden Wandel der Parteienlandschaft in Deutschland. Sowohl das Aufkommen der AfD als auch die starke Position der Grünen ginge einher mit einer Schwächung von Union und SPD. Es liese sich auf eine neue Konfliktlinie innerhalb der Gesellschaft schließen, bei der AfD und Grüne die Antipoden darstellten. Diese Konfliktlinie verlaufe zwischen zwei Blöcken: Nationalistisch vs. Kosmopolitisch.

Andreas Stoch spricht zunächst die zunehmende Heterogenisierung von sozialen Milieus in der BRD an. Es sei für Parteien immer schwieriger geworden, viele Menschen anzusprechen bzw. zu repräsentieren. Die Erneuerungsdiskussion innerhalb der SPD ziele dabei seines Erachtens auf drei Blöcke: organisatorische, personelle und programmatische Erneuerung. Herr Stoch spricht sich v.a. für eine moderate pro-

grammatische Erneuerung aus, um nicht an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Oliver Hildenbrand tritt zunächst dem allgemeinen Vorwurf entgegen, Parteien seien alle gleich. Wer so denke, dem mangle es an Verständnis des politischen Systems. Demokratie und gute Politik leben von Streit. Gleichwohl müsse es in unserer Demokratie auch Kompromissbereitschaft geben. Politische Prozesse der Entscheidungsfindung sollten vor diesem Hintergrund transparenter gestaltet werden.

Im Rahmen der angeschlossenen Diskussion wird zunächst mit Blick auf die aktuelle Situation der SPD die Relevanz von Führungspersonal innerhalb von Parteien diskutiert. Darüber hinaus wird deutlich, dass es eine zentrale Herausforderung für Parteien in Regierungsverantwortung sei, die eigene Arbeit bzw. die eigenen Erfolge transparent zu machen bzw. in die Öffentlichkeit zu kommunizieren. Für die kommunale Ebene

wird ebenfalls eine Fragmentierung der Parteienlandschaft ausgemacht. Auch wird auf den Trend verwiesen, dass es zusehends mehr themengebundene politische Bewegungen gäbe.

Zunächst sollte der Wandel der Parteienlandschaft nicht als Krise, sondern als Chance begriffen werden. So sollten Parteien daran arbeiten große Visionen zu entwi-

ckeln, um sich besser untereinander abgrenzen zu können. In diesem Zusammenhang sei auch zu überlegen, wie politische Bewegungen bzw. gesellschaftliche Konflikte in das Parteiensystem zu integrieren wären. Nicht zuletzt sollte die Graswurzel-Demokratie, also Prozesse, die bottom-up laufen, unterstützt werden. Das würde das Parteiensystem insgesamt entlasten.

Workshop 4: Parteienlandschaft im Wandel

Zentrale Herausforderungen

- Umgang mit Rechtspopulisten
- Erosion der Volksparteien
- Atomisierung der Parteienlandschaft auf kommunaler Ebene
- Persönlichkeiten/Identifikationsfiguren
- Sichtbarkeit/Kommunikation der eigenen Arbeit
- Aufkommen von themengebundenen Bewegungen

Gelingensbedingungen/Handlungsoptionen/Best-Practice

- Große Visionen
- Ehrlichkeit/Transparenz
- Schaffung von Vertrauen und Zuversicht
- Mut zum Konflikt
- Stärkung der graswurzel-demokratischen Ebene
- Wandel als Chance begreifen
- Wahlalternativen anbieten, Abgrenzung zwischen Parteiprofilen
- Gesellschaftliche Konflikte in die Politik integrieren



14. Leistungsschau – Demokratien und Autokratien im Vergleich

Prof. Dr. Manfred Gustav Schmidt, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg



Herr Prof. Dr. Schmidt liefert eine Definition von Autokratien, um seinen Ausführungen ein gemeinsames Verständnis zugrunde zu legen. Thematisch - kündigt er zu Beginn an - ginge es um die Zukunftsfähigkeit von Demokratien und Autokratien im Vergleich.

Dafür verweist er zunächst auf eine wissenschaftliche Studie, welche die politischen Systeme sämtlicher Staaten (insgesamt 170) klassifiziere und dabei mehr Demokratien als Autokratien identifiziert habe. Vor allem in historischer Sicht könne man zusätzlich von einer positiven Entwicklung, also einem Anstieg der Zahl der Demokratien sprechen, während sich für Autokratien das Gegenteil beobachten ließe. Mit Verweis auf wissenschaftliche Autoren benennt Herr Schmidt diese Sachverhalte als „Demokratisierungswellen“.

„Das 21. Jahrhundert wird mehr als das 20. ein Jahrhundert der Demokratie sein – trotz unbestreitbarer Probleme“

Im Rahmen verschiedener Kriterien, die er unter „Zukunftsgüter“ zusammenfasst (z. B. medizinische Versorgung, Bildung oder wirtschaftliche Stärke), vergleicht er daraufhin beide Systeme. Dabei stellt er die These auf, dass der Reichtum eines Staates mit der Stabilität seines Systems zusammenhänge, wobei einem reicheren Staat auch ein stabileres System innewohne. Er hebt einen entscheidenden Unterschied oder auch Vorteil von Demokratien hervor: In ihr seien die Machthaber, im Gegensatz zu denen in autokratischen Systemen, um die Zustimmung der Mehrheit in der Bevölke-

rung bemüht, da ihre Legitimität davon abhängt.

Allgemein stellt sich in Herr Schmidts Analyse die Demokratie als das bessere und damit zukunftsfähigere System heraus. Im Anschluss hieran stellt er einige kritische Fragen an die Demokratie und untersucht auch die Autokratie erneut anhand der zuvor beschriebenen Kriterien.

Zu den Anmerkungen bezüglich der Demokratie zählte dabei der „Vorwurf“, dass diese sich mehr auf gegenwärtige Wahlperioden, als auf die Zukunft konzentrieren würden. Außerdem spricht er davon, dass es

einen erheblichen Anteil an unzufriedenen Wählern allein in Europa gäbe und fragt, wie dieses Phänomen zu erklären sei.

Bei den Autokratien merkt Herr Schmidt an, dass es hier durchaus wirtschaftlich stabile Beispiele gäbe, eine sogenannte „Legitimationslücke“ aber stets gegeben sei.

Abschließend bezeichnet er das 21. Jahrhundert als stärker von Demokratien geprägt als das 20. Jahrhundert. Das aktuelle Zeitalter sei aber auch eines, in dem dauerhafte und zukunftsfähige Autokratien ihren Platz hielten.

15. Synthese und Ausblick

Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung des Landes BW
Dr. Markus Dieth, Landstatthalter des Kantons Aargau



Für eine zusammenfassende Synthese der Demokratiekonferenz und einen Ausblick werden die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung des Landes Baden-Württemberg Gisela Erler und der Landstatthalter und zukünftiger Landammann des Kantons Aargau Dr. Markus Dieth auf die Bühne gebeten.

Für Herrn Dr. Dieth habe das Treffen und der Austausch zwischen den beiden Ländern einen Mehrwert. „Die Demokratie ist kein Selbstzweck, sondern für den Menschen gemacht und der Mensch muss im Mittelpunkt stehen“, äußert der Landstatthalter seine persönliche Meinung. Für Frau Erler hatte die Demokratiekonferenz viele Highlights. Sie spricht von einer Systemkonkurrenz, die man zwischen autoritären Strukturen und der Demokratie habe. Es stelle eine zentrale Herausforderung dar, wie man es schaffen könne, dass die liberale Demokratie weiterhin von den Menschen akzeptiert und auch verbessert werde. Während die Schweiz eine Konsensdemokratie habe, herrsche in Deutschland eine „teutonische Diskussionskultur“ vor, die historisch bedingt und auf Konfrontation aus sei.

Diese Einstellung habe sich teilweise auf die Parteienlandschaft übertragen. Eine respektvolle Diskussion, in der die Bereitschaft für Kooperation und Empathie vorhanden ist, sei unverzichtbar. Neue Formate wie Zufallsbürger könnten dabei ein Teil der Lösung sein.

Herr Dr. Dieth ergänzt, dass der Weg zum Entscheid auf unterschiedliche Art und Weise gelöst werden könne. Letztendlich müsse aber immer eine Entscheidung getroffen werden. In Zukunft müsse mehr auf die Jugend zugegangen und die Vielfalt zugelassen werden. Da müsse auch ein Umdenken bei vielen Politikern stattfinden, welche die Demokratie pflegten. „Die Themen, die von der Jugend angesprochen und adressiert werden, sind nicht national lösbar“, wird Frau Erler deutlich. Das sei für die Schweiz und Deutschland eine große Herausforderung. In Europa zukünftig unterschiedliche Interessen unter Berücksichtigung verschiedener Identitäten zusammenzubringen, werde die hohe Kunst sein.

**Herausgeber**

Staatsministerium Baden-Württemberg
Stabstelle der Staatsrätin
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart

www.stm.baden-wuerttemberg.de

**Redaktion**

DIALOG BASIS
Breitswasenring 15
72135 Dettenhausen

www.dialogbasis.de

Fotos

Staatsministerium Baden-Württemberg
Zustimmung zur Veröffentlichung wurde
im Rahmen der Veranstaltung durch die
Teilnehmenden mündlich erteilt.

Januar 2020